

■ MARKANTER KONJUNKTUR- EINBRUCH, ERHOLUNG ERST IM 2. HALBJAHR 2002

PROGNOSE FÜR 2002 UND 2003

Das österreichische BIP wuchs im Jahr 2001 real um nur noch 1,1%. Die Nachfrageschwäche wird zumindest bis ins Frühjahr 2002 anhalten. Dann könnte – ausgehend von einer Konjunkturerholung in den USA und unterstützt durch niedrige Erdölpreise – ein merklicher Aufschwung einsetzen. Unter diesen Annahmen wird die heimische Wirtschaft im Jahr 2002 um 1,2% und im darauf folgenden Jahr um 2,8% expandieren. Die starke Wachstumsabschwächung beeinträchtigt die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte. Im Jahr 2002 wird die Zahl der Beschäftigten rückläufig sein, und die Arbeitslosenquote steigt stark – im Jahresdurchschnitt auf 6,6%. Aufgrund der Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren wird das Budgetdefizit des öffentlichen Sektors im Jahr 2002 etwa 0,8 Mrd. € (bzw. 0,4% des BIP) betragen. Der Preisauftrieb verlangsamt sich merklich.

In Österreich ging die Wirtschaftsleistung bereits im III. Quartal 2001 gegenüber dem Vorquartal zurück; im IV. Quartal wird das BIP gemäß allen verfügbaren Indikatoren wahrscheinlich weiter schrumpfen. Die Konjunkturkrise dürfte auch zu Jahresbeginn 2002 anhalten. Die Indikatoren der Produzenten- und Verbraucherstimmung zeigen weiterhin deutlich abwärts. Im Laufe des Jahres kann jedoch ein Aufschwung angenommen werden. Die wesentlichen Impulse dafür werden von der erwarteten Erholung in den USA und von einer Entlastung der Haushalte und der Unternehmen durch einen Rückgang der Energiepreise ausgehen. Das WIFO rechnet damit, dass der untere Wendepunkt der Konjunktur im II. Quartal 2002 erreicht sein könnte und im 2. Halbjahr ein kräftiger Aufschwung einsetzt, der gegen Jahresende Wachstumsraten des BIP von etwa 3% gegenüber dem Vorjahr erlaubt.

Das zeitliche Muster von Konjunkturerinbruch und Erholung bringt mit sich, dass die Dynamik auf Jahresbasis jeweils gering ist. Für den Durchschnitt des Jahres 2001 ergibt sich aufgrund der noch regen Wirtschaftsaktivitäten zu Jahresbeginn ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von real 1,1%. Das ist

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1999	2000	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,8	
Nominell	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 4,1	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 3,4	+ 7,3	+ 1,8	+ 1,5	+ 5,0	
Private Konsumausgaben, real	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,3	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,5	+ 5,1	- 0,5	+ 0,3	+ 4,2	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,3	+11,1	+ 1,5	+ 1,8	+ 7,0	
Bauten	- 0,7	+ 0,3	- 2,3	- 1,0	+ 1,5	
Warenexporte ³⁾						
Real	+ 7,7	+13,1	+ 5,0	+ 4,0	+ 8,5	
Nominell	+ 7,0	+15,6	+ 6,6	+ 4,5	+10,1	
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 6,9	+10,9	+ 4,4	+ 3,0	+ 7,8	
Nominell	+ 6,7	+14,7	+ 6,5	+ 3,0	+10,2	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,71	- 5,19	- 5,09	- 5,32
	Mrd. S	-87,1	-78,6	-71,4	-70,0	-73,2
	in % des BIP	- 3,2	- 2,8	- 2,5	- 2,4	- 2,4
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	5,6	5,0	4,6	4,9
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,6
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		3,9	3,7	3,9	4,2	4,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,7	5,8	6,1	6,6	6,3
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 2,2	- 1,1	- 0,0	- 0,4	± 0,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

der niedrigste Wert seit 1993. Weil die Konjunkturschwäche bis ins späte Frühjahr 2002 anhalten dürfte, wird die Ausweitung der Produktion auch im Jahresdurchschnitt 2002 kaum höher ausfallen. Würde sich der Aufschwung um nur ein weiteres Quartal verzögern, so könnte das Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 um etwa ½ Prozentpunkt schwächer ausfallen als hier prognostiziert.

Österreichs Wirtschaft wuchs sowohl 2000 als auch 2001 um etwa ½ Prozentpunkt langsamer als jene der EU. 2002 muss neuerlich mit einem Wachstumsrückstand gerechnet werden. Allerdings expandiert das BIP in Österreich rascher als das des wichtigsten Handelspartners Deutschland, des „Schlusslichts“ innerhalb der EU. In der EU dürfte die Wachstumsrate im Jahr 2002 (+1,5%) etwa gleich hoch sein wie 2001 (+1,6%). Für Deutschland werden Zuwachsraten von nur noch 0,5% (2001) bzw. 0,8% (2002) prognostiziert. Der europäischen Wirtschaftspolitik kommt für das Ausmaß des Konjunkturreinbruchs, der seinen Ausgang in den USA und in hohen Erdölpreisen gefunden hatte, wesentliche Verantwortung zu. Zu lange wurde auf unrealistisch optimistische Wachstumsszenarien vertraut, und zu spät wurde mit Zinssenkungen und der Bereitschaft, von den selbstgesteckten Budgetzielen im Interesse der Stabilisierung der Gesamtwirtschaft abzuweichen, auf den Abschwung reagiert.

Die Schwäche der österreichischen Exporte dürfte sich von Herbst 2001 bis ins Frühjahr 2002 erstrecken. Sie beruht auf dem Nachfrageausfall wichtiger Handelspartner, während die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimi-

mischen Lieferanten gut ist. Die Schwäche im Warenexport zieht einen Wachstumseinbruch in der Sachgütererzeugung nach sich – deren Produktion wird im Jahr 2002 wie im Vorjahr um nur etwa 1½% expandieren. Ungünstige Absatzerwartungen lassen auch die Bereitschaft zu Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Elektrogeräte nahezu stagnieren. Erst mit dem Konjunkturaufschwung im 2. Halbjahr 2002 gewinnt dieser primär von der Entwicklung der Weltwirtschaft bestimmte Teil der heimischen Wirtschaft wieder an Dynamik.

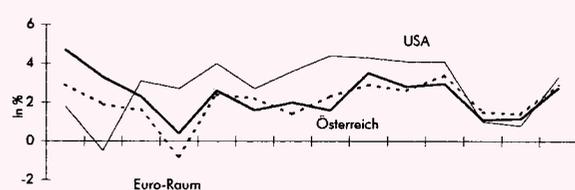
Von der Inlandsnachfrage können keine wesentlichen Impulse erwartet werden. In der Bauwirtschaft schrumpfte die Produktion im Jahr 2001 um 3%. Sie wird trotz des „Konjunkturpakets“ der Bundesregierung auch 2002 leicht zurückgehen (-1%) und sich erst im folgenden Jahr stabilisieren. Im Hochbau prägen anhaltende Überkapazitäten das Bild, im Schienen- und Straßenbau werden leichte Erholungstendenzen wirksam. Der öffentliche Konsum geht real zurück. Trotz verhaltener Zunahme der verfügbaren Realeinkommen sollten die Ausgaben der privaten Haushalte auch im Jahr 2002 um etwa 1½% wachsen. Dies basiert auf der Annahme eines Rückgangs des Sparanteils am verfügbaren Einkommen. Die Inflationsrate war 2001 deutlich höher als zu Beginn des Jahres erwartet, sie betrug im Jahresdurchschnitt 2,7%. Bei einer deutlichen Verbilligung von Energie und unter der Annahme sinkender Nahrungsmittelpreise könnte sich der Preisauftrieb im Jahr 2002 auf 1,4% verlangsamen.

Der Konjunkturreinbruch hat eine markante Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten dürfte 2002 sogar zurückgehen (-5.000). Die Zahl der Arbeitslosen steigt kräftig, sie wird im Jahresdurchschnitt 221.000 erreichen (+19.000). Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,2% der Erwerbspersonen laut Eurostat bzw. 6,6% der unselbständigen Erwerbspersonen. Besonders betroffen sind die Bauwirtschaft, die Sachgütererzeugung und der Bereich Verkehr und Telekommunikation. Geringqualifizierte und Ausländer werden überproportional erfasst. Ältere Arbeitskräfte bilden weiterhin eine wichtige Problemgruppe, doch weitet sich auch die Betroffenheit von Jugendlichen rasch aus. Nur unter der Annahme eines kräftigen Konjunkturaufschwungs kann für das Jahr 2003 mit einer leichten Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden. Die Zahl der Arbeitslosen wird aber auch dann die Grenze von 200.000 nicht unterschreiten.

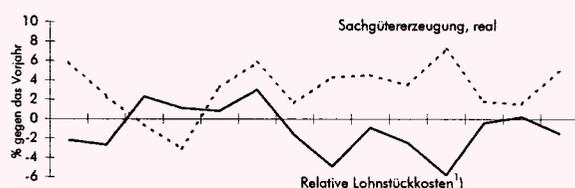
Umfangreiche Steuervorauszahlungen ermöglichten es dem öffentlichen Sektor, im Jahr 2001 ausgeglichen zu bilanzieren. Der Konjunkturreinbruch beeinträchtigt aber auch die Finanzierungssituation des Staates. Für das Aufkommen an direkten Steuern muss 2002 mit einem Rückgang gerechnet werden, die Ausgaben für die hohe Arbeitslosigkeit belasten das Budget merklich. Das

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

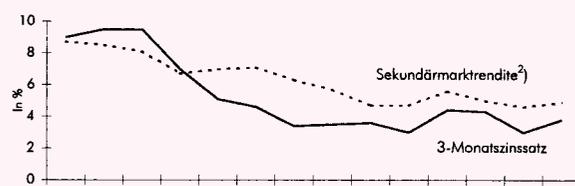
Wirtschaftswachstum



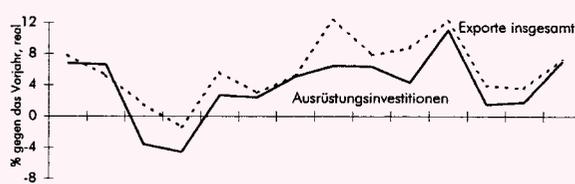
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



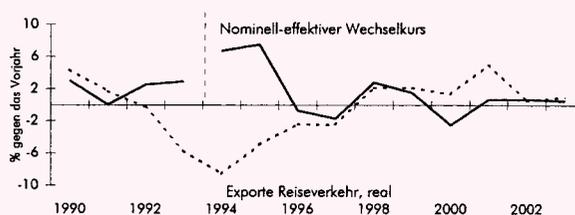
Kurz- und langfristige Zinssätze



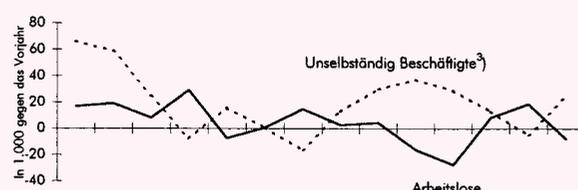
Export und Investitionen



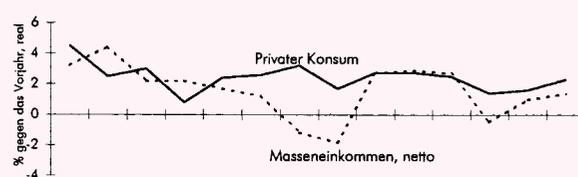
Reiseverkehr und Wechselkurs



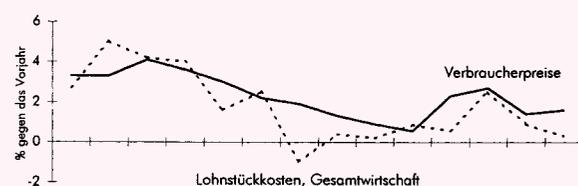
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



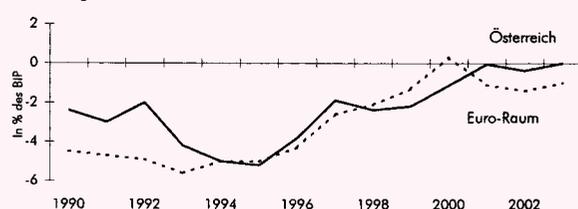
Konsum und Einkommen



Preise und Lohnstückkosten



Finanzierungssaldo des Staates



¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ³⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karentgeld.

WIFO konzentriert sich in seiner Prognose der öffentlichen Haushalte auf die konjunkturbedingten Veränderungen des Finanzierungssaldos des Staates. Fragen eher buchhalterischer Natur, wie jene der Anerkennung der Ausgliederung der Bundesimmobiliengesellschaft durch Eurostat, können allerdings erheblichen Einfluss auf den tatsächlichen Saldo haben. Unter den gegebenen Annahmen wird dieser im Jahr 2002 ein Defizit von knapp 0,8 Mrd. € aufweisen, das entspricht 0,4% des BIP. Der Konjunkturaufschwung wird – mit der üblichen Zeitverzögerung – positive Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte mit sich bringen. Im Jahr 2003 ist ein ausgeglichener Finanzierungssaldo möglich, allerdings wird dabei keine mit Aufkommensausfällen verbundene Steuerreform unterstellt.

Das von der Bundesregierung Anfang Dezember vorgestellte „Konjunkturprogramm“ wird den starken Anstieg

der Winterarbeitslosigkeit nicht mehr wirksam bekämpfen können, es erfüllt dennoch eine wichtige Funktion. Die Akzente sind mit der Betonung der Forschungsförderung, einem starken Stellenwert von Maßnahmen für Bildung und Umschulung (besonders im Baubereich) und der Stimulierung von Investitionen richtig gesetzt. So können kurzfristige Interessen der Konjunkturstabilisierung mit langfristigen Erfordernissen des Strukturwandels in Einklang gebracht werden. Wichtig erscheint nun, rasch die Beschlüsse für eine nachfragewirksame Umsetzung zu fassen. In manchen Bereichen bedarf es der Akzentuierung von Schwerpunktsetzungen, und einzelne Maßnahmen sollten an quantitativem Umfang gewinnen. Die direkten Effekte auf die Konjunktur werden mäßig ausfallen. Ebenso wichtig erscheinen in der derzeitigen Situation aber die erwartungstabilisierenden Wirkungen auf Unternehmen und Haushalte, die von einer handlungsbereiten Wirtschaftspolitik ausgehen. In

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren					
	1999	2000	2001	2002	2003
	Mrd. €				
Budgetpolitik					
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-4,92	-2,83	-1,45	-2,10	-1,50
	In % des BIP				
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,5	-1,4	-0,7	-1,0	-0,7
Finanzierungssaldo des Staates	-2,2	-1,1	-0,0	-0,4	±0,0
Primärsaldo des Staates	+1,3	+2,4	+3,3	+2,9	+3,2
	In %				
Geldpolitik					
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,0	3,8
Sekundärmarktrendite ¹⁾	4,7	5,6	5,0	4,6	4,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	+1,5	-2,5	+0,7	+0,7	+0,5
Real	-1,1	-3,6	+0,1	-0,3	-0,1

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

diesem Zusammenhang kommt der vollen Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren des Budgets höchste Bedeutung zu.

ÜBERWINDUNG DER REZESSION IN DEN USA IM FRÜHJAHR 2002

Die Wirtschaft der USA befindet sich seit dem II. Quartal 2001 in einer Rezession. Die Frühindikatoren haben keine einheitliche Tendenz. Trotz erheblicher Unsicherheiten kann eine Konjunkturerholung in den nächsten Monaten angenommen werden. Geld- und Fiskalpolitik leisten umfangreiche konjunkturbelebende Impulse.

In den USA hat das National Bureau for Economic and Social Research den Beginn der Rezession mit März 2001 datiert. Nach einer Stagnation im II. Quartal ging das BIP im III. Quartal um 1,1% (saisonbereinigte Jahresrate) zurück. Die Produktion des industriell-gewerblichen Sektors ist seit Herbst 2000 um 7% gesunken. Die Ausrüstungsinvestitionen – vor allem jene im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, die wesentlichen Anteil am langen Aufschwung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hatten – sind markant eingebrochen. Bis zuletzt wirkten neben den Ausgaben des öffentlichen Sektors auch Konsum- und Baunachfrage stabilisierend auf die Konjunktur.

Die Ereignisse des 11. September haben einige Sektoren (etwa die Versicherungswirtschaft und den Flugverkehr) unmittelbar betroffen, ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen bestehen aber vor allem in steigender Unsicherheit, die eine weitere Verschiebung von Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter und Investitionen zur Folge hat. Damit wird die Rezession verschärft.

Die Frühindikatoren für die Konjunktur in den USA zeigen ein uneinheitliches Bild. Verbrauchervertrauen und Einkaufsmanagerindex haben sich nach ihrem tiefen Einbruch im September und Oktober etwas erholt, deuten allerdings nach wie vor auf ein Schrumpfen des BIP hin. Die Kapazitätsauslastung ging in der Industrie im November weiter zurück. Sie lag um 6 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres und auf dem niedrigsten Wert seit 1983. Deshalb kann nicht mit einer raschen Erholung der Investitionen gerechnet werden. Die Aktienkurse haben den Rückschlag von September und Oktober – nicht zuletzt aufgrund der beherzten Politik der Fed – überwunden und zeigen aufwärts. Dies ist vor allem in Hinblick auf die weitere Entwicklung der Konsumausgaben von Bedeutung. Die Einzelhandelsumsätze schwanken derzeit stark, vor allem aufgrund der Autoverkäufe, die durch umfangreiche Rabatte geprägt werden. Ohne den Kfz-Handel waren die Umsätze zuletzt rückläufig. Abzuwarten bleibt, wieweit der Anstieg der Arbeitslosigkeit die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte beeinträchtigt. Andererseits erhöht der markante Rückgang der Erdölpreise die verfügbaren Einkommen der Haushalte und wirkt so stabilisierend.

Zuversichtlich stimmt die aktive Wirtschaftspolitik. Die Fed hat das kurzfristige Zinsniveau seit Jahresbeginn markant abgesenkt. Der Taggeldsatz wurde zuletzt auf 1¾% reduziert. Von negativen kurzfristigen Realzinssätzen und einer steilen Zinskurve sollten – wie schon in der letzten Rezession 1991/92 – wesentliche Impulse für einen Konjunkturaufschwung ausgehen. Die Ankündigungen zur Budgetpolitik sollten ebenfalls expansive Effekte haben. Ausgabenerhöhungen wirken dabei deutlich günstiger auf die Nachfrage als Steuersenkungen. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors wird rasch ins Defizit geraten; dies bietet unabdingbare Voraussetzungen für die Konjunkturerholung.

Die WIFO-Prognose geht davon aus, dass die Rezession in den USA bald überwunden werden kann. Das BIP dürfte im IV. Quartal 2001 zwar neuerlich geschrumpft sein, im I. Quartal 2002 könnte aber der untere Wendepunkt der Konjunktur erreicht werden. Der folgende Aufschwung dürfte aufgrund der günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen kräftig ausfallen. Über sein Ausmaß bestehen allerdings Zweifel: Notwendige Anpassungen zur Behebung von makroökonomischen Ungleichgewichten in Form einer niedrigen privaten Sparquote und eines hohen Leistungsbilanzdefizits könnten mittelfristig bremsend wirken.

Unter den Annahmen einer zügigen Erholung ab dem Frühjahr wird die Wirtschaft der USA im Jahr 2002 real um +¾% wachsen. Für das Jahr 2003 wird eine Rate von +3¼% angenommen.

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 2,9	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,8
USA	+ 4,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 3,3
Japan	+ 0,8	+ 1,5	- 1,0	- 0,5	+ 1,0
EU	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,9
Euro-Raum	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,9
Deutschland	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,5
Ost-Mitteuropa ¹⁾	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,2
Welthandel, real	+ 6,2	+12,9	+ 0,3	+ 2,0	+ 8,8
OECD-Exporte	+ 5,4	+12,0	- 0,3	+ 1,5	+ 8,0
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+11,6	- 1,0	+ 0,3	+ 6,8
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 7,3	+13,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 6,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾					
Insgesamt	+12,0	+31,0	-10,0	- 7,0	+11,0
Ohne Rohöl	- 8,0	+ 1,0	- 6,0	- 3,0	± 0,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	17,3	28,0	24,5	22,0	26,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,067	0,924	0,90	0,93	0,95

1) Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – 2) Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – 3) HWWA-Index, Dollarbasis. – 4) Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Die Rezession in den USA beeinträchtigt die Wirtschaft in ganz Amerika wesentlich. Besorgniserregend ist die Lage vor allem in Argentinien. Restriktive Fiskalpakete und eine Politik der harten Währung verlängern die tiefe Krise. In Japan sind keine Tendenzen einer Erholung aus der langen Rezession zu erkennen. Im Gegenteil muss davon ausgegangen werden, dass die deflationäre Situation weiter anhält und die Wirtschaftsleistung auch im Jahr 2002 rückläufig ist. Dies trägt zur Dämpfung der Konjunktur in ganz Südostasien bei.

Aufgrund der rezessiven Tendenzen in allen großen Wirtschaftsräumen ist die Nachfrage im internationalen Handel markant eingebrochen. Der Welthandel stagnierte im Jahr 2001 und wird sich nur langsam erholen. Erst 2003 kann wieder mit kräftigem Wachstum gerechnet werden.

Rohöl wurde auf den Weltmärkten seit September merklich billiger. Dies steht im Gegensatz zu den Erfahrungen aus Phasen internationaler militärischer Eskalation in der Vergangenheit und entspricht auch nicht den Annahmen, die das WIFO in seiner September-Prognose getroffen hat. Entscheidend war, dass der konjunkturbedingte Nachfragerückgang in den Industrieländern nicht durch einen Lageraufbau kompensiert wurde und die angestrebte Angebotsreduktion nicht umgesetzt werden konnte. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass der durchschnittliche Importpreis von Erdöl bis zur Erholung der Konjunktur in den OECD-Ländern im 1. Halbjahr 2002 auf dem niedrigen Niveau von etwa 20 \$ je Barrel verharrt und dann auf 26 \$ steigt. Die damit einhergehende Verbesserung der Terms-of-Trade wird im Jahr 2002 einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Kaufkraft und zur Erholung der Nachfrage in den Industrieländern leisten. Auch die Weltmarktpreise anderer Rohstoffe tendieren angesichts der Nachfrageschwäche abwärts.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT VON WELTWEITEM KONJUNKTUREINBRUCH ERHEBLICH IN MITLEIDENSCHAFT GEZOGEN

Die EU-Wirtschaftspolitik hat die Anzeichen einer raschen Eintrübung der Konjunktur nicht ernst genug genommen. Das Fehlen von geld- und budgetpolitischen Reaktionen trug zur Intensität des Konjunkturreinbruchs bei. Impulse für eine Erholung können vor allem vom Aufschwung in den USA und von der Verbesserung der Terms-of-Trade durch den Rückgang der Erdölpreise erwartet werden.

Die Wirtschaftsentwicklung hat sich in Europa in den letzten Quartalen viel deutlicher abgeschwächt, als von den wirtschaftspolitischen Instanzen erwartet worden war. Das BIP stagnierte im III. Quartal, und das IV. Quartal wird noch ungünstiger ausfallen. Damit dürfte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 (+1½%) gegenüber dem Vorjahr mehr als halbiert haben. Besonders ungünstig ist die Entwicklung in Deutschland, hier muss von einer Rezession gesprochen werden. Besser entwickelte sich die Wirtschaft in Frankreich und Spanien, wo eine rege Binnennachfrage dem internationalen Nachfrageeinbruch entgegenwirkt.

Europa zeigte sich verletzlicher gegenüber der internationalen Entwicklung, als EU-Kommission, Rat und EZB in Hinblick auf die Stärke des Binnenmarktes und der erfolgreich etablierten Währungsunion angenommen hatten. Der Rückschlag der europäischen Konjunktur setzte aber bereits wenige Monate nach jenem in den USA ein. Dabei wurden vielfache Übertragungsmechanismen wirksam – als wesentlichster erwies sich weiterhin der Welthandel. Die Abschwächung des Exports nach Übersee hat Nachfrage und Produktion im Binnenmarkt gedämpft. Die erhebliche Verschlechterung der Stimmung veranlasste internationale Konzerne zur Kürzung ihrer Ausrüstungsinvestitionen. Negative Vertrauenseffekte spielten aufgrund der globalisierten Finanzströme auch auf den europäischen Kapitalmärkten eine Rolle, ihre realwirtschaftlichen Auswirkungen sind allerdings geringer als in den USA.

Die Abschwächung der europäischen Wirtschaft wäre jedoch bedeutend milder ausgefallen, wäre nicht die Binnennachfrage von einer latenten Schwäche gekennzeichnet gewesen. Die Zurückhaltung nach den Überinvestitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologie kam auch in Europa zum Tragen, wenn auch im Vergleich mit den USA gedämpft. Stärker als die USA war die europäische Wirtschaft aufgrund des

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft	4,44	4,44	4,44	+1,0	±0,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	41,12	41,74	43,82	+1,8	+1,5	+5,0
Energie- und Wasserversorgung	5,65	5,76	5,88	+1,0	+2,0	+2,0
Bauwesen	13,59	13,46	13,66	-3,0	-1,0	+1,5
Handel ²⁾	24,47	24,71	25,33	±0,0	+1,0	+2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,31	7,42	7,60	+5,5	+1,5	+2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,38	14,59	14,88	+1,6	+1,5	+2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	13,21	13,61	13,75	-2,5	+3,0	+1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	26,51	26,99	27,66	+1,8	+1,8	+2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,45	11,34	11,34	-1,5	-1,0	±0,0
Sonstige Dienstleistungen	25,81	26,20	26,98	+1,8	+1,5	+3,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	187,94	190,25	195,35	+0,8	+1,2	+2,7
Bruttoinlandsprodukt	197,77	200,06	205,56	+1,1	+1,2	+2,8

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Wertverlustes des Euro von den Terms-of-Trade-Verlusten infolge der Energieverteuerung betroffen. Die Bauwirtschaft leidet in mehreren EU-Ländern unter anhaltenden Überkapazitäten. Dazu kommt eine Wirtschaftspolitik, die vor allem im Bereich der Budgetpolitik der Mitgliedstaaten tendenziell restriktiv wirkte.

Erhebliche Verantwortung für das Ausmaß des Konjunkturreinbruchs kommt der europäischen Politik zu. Diese sonnte sich zu lange in hoffnungsvollem Optimismus und war – trotz gegenteiliger Warnungen – nicht ausreichend zu einer realistischen Problemsicht und zur Planung von Gegenmaßnahmen bereit. Noch im Frühjahr und selbst im Sommer 2001 wurde trotz vielfältiger Anzeichen einer starken Konjunkturabschwächung von überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum in den Jahren 2001 und 2002 gesprochen. Zinssenkungen und die Bereitschaft, die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte wirken zu lassen und so eine Abweichung von den Stabilitätsprogrammen zugunsten einer Stabilisierung von Einkommen und Arbeitsmarkt zu tolerieren, kamen viel zu spät. Gemeinsame europäische Programme zur Konjunkturstabilisierung etwa im Bereich der Infrastruktur fehlen nach wie vor.

Diese vielfältigen Bestimmungsgründe dämpften das Wirtschaftswachstum. Die europäische Wirtschaft stagniert im 2. Halbjahr 2001, gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein geringfügiges Wachstum von deutlich unter 1%. Die Umfragen der Europäischen Kommission zeigen eine anhaltende markante Eintrübung von Unternehmer- und Verbrauchervertrauen. Somit steht die Wirtschaft auch in Europa am Rande einer Rezession.

Dennoch sprechen einige Faktoren für eine Erholung im Laufe des Jahres. Deren wichtigster ist der – angenom-

Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Konsumausgaben insgesamt	148,36	150,03	152,81	+0,9	+1,1	+1,9
Private Haushalte ¹⁾	111,36	113,14	115,74	+1,4	+1,6	+2,3
Staat	37,00	36,89	37,07	-0,5	-0,3	+0,5
Bruttoinvestitionen	47,10	47,33	49,10	-0,1	+0,5	+3,7
Bruttoanlageinvestitionen	45,90	46,05	47,97	-0,5	+0,3	+4,2
Ausrüstungen ²⁾	21,95	22,35	23,91	+1,5	+1,8	+7,0
Bauten	23,95	23,71	24,06	-2,3	-1,0	+1,5
Vorratsveränderung ³⁾	1,20	1,28	1,13			
Statistische Differenz	0,00	0,00	0,00			
Inländische Verwendung	195,46	197,36	201,91	+0,5	+1,0	+2,3
Exporte	102,54	106,18	113,92	+3,9	+3,5	+7,3
Reiseverkehr	10,43	10,48	10,59	+5,0	+0,5	+1,0
Minus Importe	100,23	103,48	110,27	+2,8	+3,2	+6,6
Reiseverkehr	8,26	8,22	8,22	+4,0	-0,5	±0,0
Bruttoinlandsprodukt	197,77	200,06	205,56	+1,1	+1,2	+2,8
Nominell	210,86	216,26	225,19	+2,9	+2,6	+4,1
Mrd. S	2.901,5	2.975,8	3.098,6			

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

mene – Aufschwung in den USA. Er wirkt mit der üblichen Verzögerung expansiv auf die europäische Konjunktur. Der Rückgang der Energiepreise entlastet Unternehmen und Haushalte und ermöglicht dringend benötigte Impulse für die private Nachfrage. So die Budgetkonsolidierung und somit die Einhaltung der Stabilitätsprogramme vorübergehend ausgesetzt wird, kann auch die Budgetpolitik stabilisierend auf die Konjunktur wirken. Unter der dieser Prognose zugrunde liegenden Annahme weiterer Zinssenkungen durch die EZB werden auch die monetären Rahmenbedingungen für einen Konjunkturaufschwung gegeben sein. Unter diesen Bedingungen wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 in Europa nur leicht unter dem des Vorjahres liegen. Für 2003 könnte mit einer Expansion von etwa 3% gerechnet werden. In jedem Fall muss die europäische Wirtschaftspolitik dringend danach trachten, die Lehren aus ihrem Versagen während des Wachstumseinbruchs zu ziehen.

Als besonders problematisch erweist sich die Wirtschaftslage in Deutschland. Im Jahr 2001 stagnierte die Wirtschaft nahezu, das Wachstum betrug nur noch real +1/2%. Wesentliche Segmente der deutschen Wirtschaft hängen in hohem Ausmaß von der Entwicklung der Weltwirtschaft ab, dazu kamen die anhaltende Flaute in der Bauwirtschaft und die beunruhigende Zurückhaltung der Konsumenten. Bei steigender Arbeitslosigkeit und geringem Spielraum der Wirtschaftspolitik, expansive Akzente zu setzen, dürfte das Wachstum des BIP im Jahr 2002 neuerlich unter 1% bleiben. Den internationalen Aufschwung vorausgesetzt, könnte es sich im Jahr darauf auf 2 1/2% erholen, bliebe damit aber wie in den gesamten neunziger Jahren merklich unter dem EU-Durchschnitt.

Von der Stagnation der wichtigsten Absatzmärkte sind auch die ostmitteleuropäischen Länder betroffen. Das

Wachstum schwächt sich merklich ab, es dürfte 2001 und 2002 nur wenig mehr als 2% erreichen. Der Aufholprozess der Transformationsländer erfährt neuerlich einen Rückschlag. Besonders betroffen ist Polen: Die neue Regierung steht vor der schwierigen Aufgabe, die notwendige Konsolidierung des hoch defizitären öffentlichen Haushalts mit den Herausforderungen der wirtschaftlichen Erneuerung sowie der Bewältigung der drängendsten sozialen Probleme unter den Rahmenbedingungen einer sehr restriktiven Geldpolitik der unabhängigen Zentralbank zu bewältigen.

WACHSTUMSIMPULSE VON EXPORT UND SACHGÜTERPRODUKTION FEHLEN

Aufgrund der Nachfrageschwäche bei den Handelspartnern verlangsamt sich das Wachstum des Warenexports merklich. Dies bringt eine markante Dämpfung der Produktion in der Sachgütererzeugung mit sich. Auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich erst wieder beleben, sobald Impulse von der internationalen Konjunktur kommen. Dies sollte im 2. Halbjahr 2002 der Fall sein.

Die Abschwächung der internationalen Konjunktur hat die Entwicklung der Ausfuhr von Gütern im Jahresverlauf 2001 zunehmend gedämpft. Hatte der Zuwachs im I. Quartal gegenüber dem Vorjahr real noch etwa 10% betragen, so erreichte er im II. Quartal nur noch 6% und im III. Quartal 3¾%. Zur Schwäche neigte zuletzt neben der Ausfuhr nach Japan und Südostasien jene nach Ost-Mitteuropa. Der Export nach Nordamerika hat an Dynamik verloren, lag im Sommer aber noch über dem Vorjahresergebnis. Stabilisierend wirkte die Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt, wenn auch die deutsche Nachfrage nach österreichischen Produkten kaum noch zunahm. Im IV. Quartal muss mit einer Stagnation des Exports gerechnet werden. Dieser Einbruch spiegelt die Nachfrageschwäche bei den Handelspartnern wider und erfolgt bei guter preislicher Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure und anhaltenden Marktanteilsgeinnen.

Eine Erholung des Außenhandels wird erst im Fall einer Belebung der europäischen Konjunktur einsetzen. Für das 1. Halbjahr 2002 muss deshalb mit geringer Ausfuhrdynamik gerechnet werden. Die österreichischen Warenexporte dürften nach real +5% im Jahr 2001 um 4% zunehmen. Das Wachstum könnte sich aber im Jahr 2003 auf mehr als 8% beschleunigen.

Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung wird stark durch die Dynamik des Exports bestimmt. Sie wuchs schon im II. und III. Quartal nur noch sehr verhalten. Allerdings lag die Beschäftigung bis zuletzt über dem

Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Gesamtwirtschaft</i>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+2,8	+3,0	+1,1	+1,2	+2,8
Erwerbstätige ¹⁾	+1,2	+0,5	+0,5	-0,1	+0,9
Vollzeittäquivalent	+1,0	+1,3	+0,2	-0,3	+0,6
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+1,5	+2,5	+0,6	+1,2	+1,9
Vollzeittäquivalent	+1,8	+1,6	+0,8	+1,5	+2,1
<i>Sachgütererzeugung</i>					
Produktion ²⁾	+3,4	+7,2	+1,8	+1,5	+5,0
Beschäftigte ³⁾	-0,7	+0,0	±0,0	-0,7	±0,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+4,8	+7,3	+2,1	+2,5	+4,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	-0,6	-0,1	-0,3	-0,3	+0,2

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Vorjahreswert. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt im IV. Quartal eine weitere markante Eintrübung des Geschäftsklimas, vor allem in den konjunktur reagiblen Bereichen des Basissektors und der technischen Verarbeitung. Ein unterer Wendepunkt der Unternehmerrstimmung zeichnet sich noch nicht ab. Die Produktion dürfte bis weit ins 1. Halbjahr 2002 sehr schwach bleiben. Die Wertschöpfung könnte im Jahresdurchschnitt 2001 und auch 2002 real um etwa 1½% zunehmen, ein kräftiges Wachstum wird erst für 2003 erwartet (+5%). Die Produktivitätssteigerung bleibt 2001/02 merklich unter dem langjährigen Durchschnitt, auch weil die Unternehmen qualifizierte Fachkräfte nicht vorschnell abbauen wollen.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen hat sich laut WIFO-Investitionstest schon Mitte 2001 deutlich verschlechtert. Die Ausrüstungsinvestitionen sind das am stärksten konjunktur reagible und stimmungsabhängige Nachfrageaggregat der Wirtschaft. Eine Verunsicherung über die weitere Entwicklung von Nachfrage und Gewinnen bietet Anlass, Investitionsprojekte aufzuschieben. Im Jahr 2001 nahmen die Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software um nur noch 1½% zu, für 2002 wird eine ähnlich schwache Expansion angenommen. Dahinter verbirgt sich allerdings eine merkliche Beschleunigung der Investitionsdynamik im Jahresverlauf, die 2003 anhalten sollte (+7%).

STABILES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT

Der Warenimport ist mit +4½% real im Jahr 2001 nur wenig langsamer gewachsen als der Export. Der Bedarf an importierten Vorleistungen schwächte sich aufgrund der Dämpfung des exponierten Sektors merklich ab. Ähnliches gilt für die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, die relativ häufig importiert werden. Im IV. Quartal entlastete auch der markante Rückgang der Preise auf den internationalen Erdölmärkten die Importrechnung. Das Handelsbilanzdefizit dürfte nur leicht über jenem des vergangenen Jahres liegen (-5,5 Mrd. €). Für 2002 wird – bei schwacher Außenhandelsdynamik – eine Verbesserung erwartet, primär

aufgrund der Verbilligung von Rohöl im Jahresdurchschnitt um etwa 10%.

Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz dürfte im Jahr 2001 um etwa 160 Mio. € gestiegen sein. Die Tourismuseinnahmen wuchsen kräftig (real +5%), die Wertschöpfung im Beherbergungs- und Gaststättenwesen erhöhte sich real um 5½%, obwohl vor allem in der Sommersaison die Zahl der Nächtigungen unter jener des Vorjahres blieb. 2002 dürfte der Reiseverkehr real stagnieren: Zum einen dämpft die internationale Wirtschaftslage die Ausgabebereitschaft, zum anderen beeinträchtigt die internationale politische Entwicklung die Reisefreudigkeit. Allerdings könnte Österreich als sicheres Reiseziel vor allem für Gäste aus Europa an Attraktivität gewinnen, und die Österreicher könnten ihren Urlaub verstärkt im Inland verbringen.

Der Überschuss in der Bilanz der sonstigen Dienstleistungen – dazu zählen vor allem Transportdienstleistungen – erhöht sich stetig. Diese Tendenz wird sich im Zuge der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration mit Osteuropa fortsetzen. Einkommens- und Transferbilanz hingegen weisen hohe Defizite auf. Insgesamt könnte das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2001 5,2 Mrd. € erreichen. Das wäre etwas weniger als im Vorjahr und entspricht 2½% des BIP. Auch in den Jahren 2002 und 2003 dürfte das Defizit in dieser Größenordnung liegen.

ANHALTENDER PRODUKTIONSRÜCKGANG IN DER BAUWIRTSCHAFT

In der Bauwirtschaft bricht die Beschäftigung ein, die Arbeitslosigkeit steigt drastisch. Für die nächsten Monate muss mit einer weiteren Verschärfung der Lage gerechnet werden. Im Hochbau bestimmen erhebliche Überkapazitäten die Situation, im Tiefbau könnten verstärkte Infrastrukturausgaben ab dem Frühjahr entlastend wirken. Die Produktion dürfte trotz des „Konjunkturpakets“ im Jahr 2002 noch leicht rückläufig sein.

In der Bauwirtschaft schrumpft die Wertschöpfung seit Jahresbeginn 2001 merklich, im III. Quartal blieb sie real um 4% unter dem Niveau des Vorjahres. Besonders stark rückläufig ist aufgrund des deutlich sinkenden Bedarfs weiterhin die Produktion im Wohnungsbau. Überkapazitäten zeichnen sich auch im Bereich der Bürobauten ab. Zugleich wurden im Straßen- und Eisenbahnbau heuer deutlich weniger Mittel eingesetzt als im Vorjahr. Für das Jahr 2002 sehen die Planungen von Asfinag und SCHIG allerdings eine merkliche Steigerung der Ausgaben vor.

Die tiefe Krise in der Bauwirtschaft schlägt sich in einem Einbruch der Beschäftigung und einem markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten wurde in der Bauwirtschaft im Durchschnitt von Jänner bis November im Vorjahresvergleich um 10.600 (–4,1%) verringert, die Zahl der Arbeitslosen war im November um 7.400 (+30%) höher als im Vorjahr. Von der Arbeitslosigkeit sind vor allem Hilfsarbeiter, vielfach auch Ausländer betroffen. Die Wintermonate bringen einen weiteren drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Im Jahresdurchschnitt 2001 dürfte die Bauproduktion wie erwartet real um etwa 3% zurückgegangen sein. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen kann auch für das Jahr 2002 nicht auf eine durchgehende Erholung gesetzt werden. Allerdings wird das „Konjunkturpaket“ der Bundesregierung leichte Entlastung bringen. Die Produktion könnte dann noch um 1% zurückgehen, im Jahr 2003 wäre wieder ein leichter Zuwachs möglich. Zwar wird der Hochbau weiterhin schrumpfen, die Ausgaben für Infrastrukturleistungen werden aber weiter an Schwung gewinnen, und der Industrie- und Geschäftsbau könnte im Zuge des Konjunkturaufschwungs zusätzliche Impulse erhalten.

KONSUMAUSGABEN DER PRIVATEN HAUSHALTE STABILISIEREN DIE KONJUNKTUR

Die Nachfrage der Konsumenten erweist sich neuerlich als stabilisierender Faktor für die heimische Konjunktur. Trotz ungünstiger Entwicklung der Einkommen expandiert der Konsum in den Jahren 2001 und 2002 real um jeweils etwa 1½%. Mit der Konjunkturerholung 2003 kann ein etwas stärkeres Wachstum erwartet werden (+2¼%).

Im Jahr 2001 entwickelten sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sehr ungünstig: Sie waren real um ½% niedriger als im Vorjahr, die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer verringerten sich sogar um ¾%. Im Jahr 2002 ist eine leichte Verbesserung zu erwarten. Zwar dämpft der Beschäftigungsrückgang die Einkommen, die Verlangsamung des Preisauftriebs und das Ausbleiben weiterer Abgabenerhöhungen wirken aber positiv. Für die verfügbaren Einkommen ist deshalb ein leichter Zuwachs von gut 1% und für die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer von ½% zu erwarten.

Bei schwacher Konjunktur und restriktiver Budgetpolitik haben die Haushalte in der Vergangenheit mit einer Reduktion des Sparanteils am Einkommen reagiert. Dies ist auch derzeit der Fall. Im Jahr 2001 dürfte die Sparquote am verfügbaren Einkommen um etwa 1½ Prozentpunkte

Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+2,7	+2,5	+1,4	+1,6	+2,3
Dauerhafte Konsumgüter	+9,4	+3,9	-1,5	+1,5	+3,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+1,8	+2,3	+1,8	+1,6	+2,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+1,7	+3,6	-0,5	+1,1	+2,4
Sparquote der privaten Haushalte In % des verfügbaren Einkommens	7,3	8,2	6,7	6,4	6,8
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände)	+5,2	+6,7	+4,0	+4,6	+4,8
In %					
Inflationsrate					
National	0,6	2,3	2,7	1,4	1,6
Harmonisiert	0,5	2,0	2,4	1,3	1,6
Kerninflation ²⁾	0,6	1,0	2,4	2,0	1,5

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

zurückgegangen sein. Dadurch konnten die privaten Konsumausgaben trotz rückläufigen Einkommens real um 1 1/2% ausgeweitet werden. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter hingegen wurden um 1 1/2% eingeschränkt. Dies ist zum einen auf die schwache Wohnungsnachfrage zurückzuführen, die die Nachfrage nach Wohnungsausstattungen dämpft. Zum anderen verschieben die Haushalte bei steigender Verunsicherung größere Anschaffungen. Die Neuzulassungen von Pkw der privaten Haushalte lagen von Jänner bis Oktober kumuliert um fast 8% unter dem Vorjahreswert.

Im Jahr 2002 dürften die Ausgaben der Konsumenten neuerlich real um gut 1 1/2% zunehmen. Dies impliziert einen weiteren leichten Rückgang der Sparquote. Im Jahr 2003 wirkt unter der Annahme eines kräftigen Konjunkturaufschwungs vor allem die steigende Beschäftigung expansiv auf die verfügbaren Einkommen. Nimmt man eine Lohnrunde von durchschnittlich +2 1/2% und einen verhaltenen Preisauftrieb (+1,6%) an, so könnten die verfügbaren Einkommen um nahezu 2 1/2% steigen. Dann sollte auch der private Konsum trotz einer Erholung der Sparquote wieder stärker wachsen (+2 1/4%).

Im Handel stagnierte die reale Wertschöpfung im Jahr 2001. Die Aktivitäten im Großhandel wurden durch die Abschwächung der internationalen Konjunktur beeinträchtigt. Hingegen konnte sich der Einzelhandel (ohne Nahrungsmittel) gut behaupten. Für 2002 wird – eine Erholung der internationalen Konjunktur im 2. Halbjahr und ein stabiles Wachstum der Konsumausgaben vorausgesetzt – ein leichtes Wachstum im Handel erwartet (+1%).

„KONJUNKTURPAKET“ SETZT DIE RICHTIGEN SCHWERPUNKTE

Die Bundesregierung hat Anfang Dezember ein „Konjunkturpaket“ geschnürt, das der drohenden Rezession

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾ Vollzeittäquivalent	+2,0	+2,5	+2,7	+2,5	+2,5
Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾					
Brutto	+1,2	+1,0	+0,0	+1,1	+0,9
Netto	+4,3	+1,7	-0,7	+0,6	+0,4
Nettomasseneinkommen, nominell	+3,7	+4,3	+2,2	+2,4	+3,0
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,9	+0,6	+2,5	+0,9	+0,3
Sachgütererzeugung	-1,5	-5,1	+0,9	+0,5	-1,7
Relative Lohnstückkosten ²⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-2,5	-5,8	-0,4	+0,2	-1,5
Gegenüber Deutschland	-0,1	-2,4	-0,1	±0,0	-1,7
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren					
Nominell	+0,6	-2,7	+0,6	+0,5	+0,4
Real	-1,3	-3,5	+0,2	-0,2	±0,0

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

entgegenwirken soll. Zur Bekämpfung des erwarteten drastischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten kommt das Paket zu spät. Insgesamt setzen die beabsichtigten Maßnahmen allerdings die richtigen

Das „Konjunkturpaket“ der Bundesregierung nimmt strukturelle Akzentsetzungen in den Bereichen Forschung, Bildung und Investitionen vor. Die unmittelbaren Konjunkturfekte dürften eher verhalten bleiben. Den automatischen Stabilisatoren des Budgets kommt nun große Bedeutung für die Belebung der Wirtschaft zu.

Schwerpunkte und Akzente. Diese liegen im Bereich der Forschungsförderung, der Bildung und Umschulung und der Stimulierung der Bauinvestitionen in langfristig wichtigen Bereichen.

Die Konjunkturkrise kann dazu genutzt werden, den Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft voranzutreiben. Intelligente Konjunkturpolitik muss deshalb prominente strukturelle Weichenstellungen vorsehen. Dafür ist eine Erhöhung der Forschungsaktivitäten von zentraler Bedeutung. Die Einführung einer Prämie für Forschungsausgaben erlaubt nun auch Unternehmen, die keinen Gewinn aufweisen, von der steuerlichen Förderung zu profitieren. Quantitativ am bedeutendsten ist die Anschlussfinanzierung für die vom Rat für Forschung und Technologiepolitik zu vergebenden Mittel von weiteren 0,5 Mrd. €. Diese ist allerdings erst ab dem Jahr 2004 wirksam. Neue Anstrengungen zur Aufbringung von Venture-Kapital und Entlastungen bei Betriebsübergaben betreffen ebenfalls Bereiche, die in Österreich als Wachstumshindernis angesehen werden können.

Im Bereich der Umschulungen ist die Initiative zur Schaffung einer „Arbeitsstiftung Bau“ besonders begrüßenswert. Dieses Instrument hat sich in anderen Branchen,

die von einer strukturellen Redimensionierung betroffen waren, als taugliches Mittel der Arbeitsmarktpolitik gezeigt. In der Bauwirtschaft sind die Qualifizierungsprobleme aufgrund des hohen Anteils ungelernter Arbeitnehmer besonders drängend. Derzeit scheint diese Arbeitsstiftung angesichts der umfangreichen Schwierigkeiten, in denen sich der Sektor befindet, allerdings noch nicht ausreichend dimensioniert. Ergänzend könnten innovative Kurzarbeitsmodelle in der Bauwirtschaft eingesetzt werden, die mit sorgfältig konzipierten Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen verknüpft werden müssten.

Die Ausweitung der Zahl der Studienplätze für Fachhochschulanfänger ab dem Herbst 2002 ist erfreulich, weil sich dieser Ausbildungstyp als sinnvolle Innovation im heimischen Bildungssystem erwiesen hat. Allerdings muss gleichzeitig an der Ausweitung des Angebotes an qualifizierten Lehrkräften gearbeitet werden.

Für die Bauwirtschaft fallen die befristete Anhebung der vorzeitigen Abschreibung für Bauprojekte bis Ende 2002 und das Vorziehen baureifer Projekte der Bundesimmobiliengesellschaft ins Gewicht. In Form einer Absichtserklärung liegt auch der Plan der Länder vor, Wohnbaumittel zugunsten der Althausanierung umzuschichten. Aufgrund der hohen Arbeitsintensität dieser Tätigkeiten wäre eine möglichst rasche Umsetzung der Vorhaben sehr wünschenswert. Dies würde auch positiv auf die Erfüllung der Kyoto-Klimaschutz-Ziele wirken.

Die kurzfristigen Auswirkungen des „Konjunkturpakets“ dürften mäßig bleiben. Es setzt aber ein für Investoren und private Haushalte wichtiges Signal einer aktiven und handlungsbereiten Wirtschaftspolitik. Vielfach wird die Meinung vertreten, das Konjunkturprogramm komme zu spät und drohe, in den nächsten Aufschwung zu fallen. Tatsächlich hat sich die Wirtschaftspolitik zu lange Zeit gelassen, Maßnahmen der konjunkturellen Gegensteuerung zu ergreifen. Das Risiko einer prozyklischen Wirkung von strukturwirksamen Maßnahmen ist gegenüber der eminenten Gefahr einer weiteren Verschärfung der Konjunkturkrise allerdings als gering einzustufen.

Das in Bezug auf seine quantitativen Nachfragewirkungen und seine erwartungsstabilisierenden Effekte bedeutendste Instrument der konjunkturellen Gegensteuerung sind weiterhin die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte. Konjunkturbedingte Steuerausfälle und eine Ausweitung der Transfers dürfen nicht durch restriktive Budgetmaßnahmen konterkariert werden. Dies beinhaltet auch, dass im Jahr 2002 nicht mit dem Instrument der Budgetbindungen gearbeitet werden soll. Ein aufgrund des Konjunkturrückschlags entstehendes Defizit der öffentlichen Haushalte soll aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung toleriert werden.

NIEDRIGE ZINSEN, ABER PROBLEME IN DER KREDITVERGABE

Die Zinssätze auf dem Geldmarkt sind im Jahr 2001 um 1½ Prozentpunkte gesunken (USA –4¼ Prozentpunkte) und erreichte zuletzt 3¼%. Damit wurde die Zinsstrukturkurve wieder steiler. Angesichts der Konjunkturlaute und der erwarteten Abflachung des Preisauftriebs kann mit weiteren Zinssenkungen durch die EZB gerechnet werden. Das WIFO nimmt an, dass der Dreimonatszinssatz im Jahresdurchschnitt 2002 höchstens 3% beträgt und die Rendite für langfristige Staatsanleihen bei etwa 4½% liegt.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich verbessert. Die Zinsen für Kommerzkredite wurden seit Jahresbeginn 2001 um 1 Prozentpunkt herabgesetzt. Für viele Kleinbetriebe wird der Zugang zu Fremdkapital zunehmend schwierig. Dies könnte im Konjunkturabschwung mit den verstärkten Bemühungen der Banken zusammenhängen, ihre Kreditrisiken besser abzusichern. Gesamtwirtschaftlich kann sich diese Situation allerdings als Wachstumshindernis erweisen.

PREISAUFTRIEB SCHWÄCHT SICH NUR LANGSAM AB

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex hat seit dem Höhepunkt im Mai (+3,4% gegenüber dem Vorjahr) zwar nachgelassen, er betrug im Oktober aber immer noch 2,6%. Die Energiepreise liegen nun schon deutlich unter dem Niveau des Vorjahres – Energierohstoffe waren auf Schillingbasis im Oktober um 35% billiger als ein Jahr zuvor. Beleuchtung und Beheizung kosteten auf Verbraucherebene um 3% weniger als im Vorjahr, Verkehrsleistungen nur wenig mehr. Dennoch erweist sich der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb als hartnäckig. Vor allem die Nahrungsmittelpreise weisen weiterhin stark aufwärts. Auch für viele Dienstleistungspreise zeigt sich vorerst keine Entlastung, und die Wohnungskosten steigen trotz des Angebotsüberhangs merklich.

Die Inflationsrate beträgt im Jahresdurchschnitt 2001 2,7%. Im Jahr 2002 sollten die Verbraucher vor allem durch den Rückgang der Energiepreise entlastet werden. Hier wird zudem angenommen, dass die Nahrungsmittelpreise dämpfend auf den Preisauftrieb wirken. Unter diesen Voraussetzungen könnten sich die Konsumentenpreise im Jahr 2002 um etwa 1,4% erhöhen. Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex könnte leicht darunter bleiben (+1,3%). Die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) dürfte hingegen bei 2% liegen.

RÜCKGANG DER BESCHÄFTIGUNG, MERKLICHER ANSTIEG DER ARBEITSL LOSIGKEIT IM JAHR 2002

Auf dem Arbeitsmarkt werden die negativen Auswirkungen des Konjunkturreinbruchs zunehmend sichtbar. Im Jahr 2002 dürfte die Zahl der unselbständig Beschäftigten um etwa 5.000 niedriger und die Zahl der Arbeitslosen um 19.000 höher sein als im Vorjahr. Die Lage wird sich erst mit Verzögerung nach dem Einsetzen des internationalen Konjunkturaufschwungs verbessern.

Das Beschäftigungswachstum ist gegen Jahresende 2001 zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Vollzeitstellen (die vor allem von Männern besetzt werden) ist bereits deutlich rückläufig, während jene der Teilzeitstellen noch leicht ausgeweitet wird. Vom Beschäftigungsrückgang besonders betroffen sind, neben der krisengeschüttelten Bauwirtschaft, die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie der öffentliche Dienst. In diesen Branchen wird sich die Arbeitsmarktlage in den nächsten Monaten weiter verschärfen. Mit dem stärkeren Durchschlagen des internationalen Konjunkturreinbruchs auf die heimische Produktion wird sich im Jahr 2002 auch die Zahl der Erwerbstätigen in der Sachgütererzeugung, die bis in den Herbst noch zunahm, deutlich verringern. Anhaltende Beschäftigungszuwächse verzeichnen die wirtschaftsnahen Dienstleistungen und der Handel, wobei im Groß- und im Einzelhandel die Beschäftigungsentwicklung in unerklärlichem Widerspruch zum Umsatzverlauf steht. Insgesamt ist für das Jahr 2002 erstmals seit 1993 ein Rückgang der Zahl der unselbständig Beschäftigten zu erwarten.

Im November lag die Zahl der Arbeitslosen um 32.000 über dem Niveau des Vorjahres. Für die Wintermonate muss in der Bauwirtschaft und der Sachgütererzeugung mit einer markanten Ausweitung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Davon werden zunehmend auch junge Arbeitnehmer erfasst, weil die betroffenen Branchen oft als Einstiegssegmente in den Arbeitsmarkt genutzt werden. Der Arbeitsmarkt reagiert wie in der Vergangenheit verzögert auf die Abschwächung der Produktion. Verringerung der Beschäftigung und Zunahme der Arbeitslosigkeit werden bis weit ins Jahr 2002 hinein reichen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt bei gut 220.000 liegen. Sie wäre damit um knapp 20.000 höher als 2001 und entspräche einer Arbeitslosenquote von 4,2% der Erwerbspersonen nach Eurostat-Definition bzw. 6,6% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnung.

Erst im Jahr 2003 dürfte sich – unter den gegebenen makroökonomischen Annahmen – der Arbeitsmarkt er-

Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+32,2	+27,7	+15,8	- 2,9	+26,3	
Ohne Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher	+38,2	+30,8	+15,0	- 2,9	+26,3	
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	+31,2	+25,8	+13,8	- 5,0	+24,0	
Ohne Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher	+37,2	+28,9	+13,0	- 5,0	+24,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,8
Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher ¹⁾	- 6,0	- 3,1	+ 0,8	± 0,0	± 0,0	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+13,4	+ 9,1	+ 2,0	+14,0	
Selbständige ²⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,3	
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+19,8	+25,2	+26,1	+22,9	+19,1	
15- bis 59-Jährige	- 2,6	-17,5	-15,6	- 5,5	+ 3,1	
Erwerbspersonen im Inland	+16,2	+ 0,3	+24,2	+15,7	+18,3	
Ohne Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher	+22,2	+ 3,4	+23,4	+15,7	+18,3	
Ausländer	+ 6,6	+12,0	+13,0	+ 7,0	+12,0	
Wanderung von Inländern	+ 3,0	+ 1,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	
Inländer	+ 6,6	-12,7	+11,2	+ 8,7	+ 6,3	
Ohne Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher	+12,6	- 9,6	+10,4	+ 8,7	+ 6,3	
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	-16,1	-27,4	+ 8,4	+18,6	- 8,0	
Stand	in 1.000	221,7	194,3	202,7	221,3	213,3
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	3,9	3,7	3,9	4,2	4,0	
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,0	5,3	5,4	5,9	5,7	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,7	5,8	6,1	6,6	6,3	
Erwerbsquote ⁴⁾	67,6	67,3	67,5	67,5	67,6	
Ohne Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher ⁵⁾	71,2	71,5	72,2	72,6	72,9	
Beschäftigungsquote ⁶⁾	63,6	63,8	63,8	63,5	63,7	
Ohne Präsenzdienster und Karenz-geldbezieher ⁷⁾	66,9	67,7	68,2	68,2	68,7	

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ In % der Bevölkerung (15- bis 59-Jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

holen. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs wird die Zahl der Beschäftigten wieder zunehmen, vor allem im Dienstleistungssektor. Trotz wachsenden Arbeitskräfteangebotes könnte die Zahl der Arbeitslosen leicht zurückgehen und im Durchschnitt des Jahres etwa 213.000 betragen.

SCHWIERIGE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BUDGETPOLITIK

Aufgrund umfangreicher Steuervorauszahlungen dürfte der öffentliche Sektor schon 2001 ausgeglichen bilanzieren, obwohl die merkliche Verlangsamung des realen und nominellen Wirtschaftswachstums negative Auswirkungen auf das Budget mit sich bringt. Auch im Jahr 2002 macht sich die Konjunkturabschwächung – teils mit verzögerten Effekten – bemerkbar. Das Aufkommen an direkten Steuern wird rückläufig sein. Im Aufkommen an indirekten Steuern und in den Sozialversicherungsbeiträgen schlagen sich die Konsumabschwächung und die ungünstige Beschäftigungsentwicklung dämpfend

nieder. Auf der Ausgabenseite muss mit deutlich höheren Belastungen im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Der Konjunkturunbruch belastet die öffentlichen Haushalte auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Durch die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren wird andererseits ein wesentlicher Beitrag zur Konjunkturstabilisierung geleistet. Deshalb nimmt das WIFO an, dass im Jahr 2002 das Ziel eines ausgeglichenen Finanzierungssaldos des Staates vorübergehend nicht erreicht wird. Der Abgang könnte etwa 0,8 Mrd. € betragen.

Insgesamt dürfte die Zurücknahme der Wachstumsprognose gegenüber September die öffentlichen Haushalte im Jahr 2002 mit bis zu 1 Mrd. € belasten. Andererseits wirken das niedrigere Zinsniveau, verringerte Zuführungen an die ÖBB und geringere Beitragszahlungen an den EU-Haushalt entlastend. Unsicherheiten bestehen etwa in Bezug auf die Anerkennung der Ausgliederung

der Bundesimmobiliengesellschaft durch Eurostat. Aufgrund der Konjunktüreinflüsse auf das Budget erwartet das WIFO einen Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors von -0,8 Mrd. €, das entspricht 0,4% des BIP. Dabei werden Überschüsse von Ländern und Gemeinden im Ausmaß von +1,3 Mrd. € und ein Defizit des Bundessektors von -2,1 Mrd. € angenommen. Indem sie die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte toleriert, leistet die Wirtschaftspolitik einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur.

Im Jahr 2003 wird der öffentliche Sektor vom Konjunkturaufschwung profitieren. Das Wachstum des Steueraufkommens gewinnt an Dynamik, und unter der Annahme sinkender Arbeitslosigkeit zeigen sich Entlastungen auf der Ausgabenseite. Allerdings wird die Budgetsituation durch den Entfall von Einmalmaßnahmen und höhere Personalausgaben verschlechtert. Das WIFO erwartet aus heutiger Sicht dennoch, dass eine ausgeglichene Bilanzierung möglich ist. Dies beinhaltet aber nicht das Wirksamwerden einer Steuerreform, die mit einem nennenswerten Einnahmefall verbunden ist.

Abgeschlossen am 18. Dezember 2001.